

08.09.2010

Staatsverschuldung gerecht und solidarisch abbauen- Das Konsolidierungskonzept der SPD

I. Staatsverschuldung abbauen: Wir wollen zurück zu einem handlungsfähigen Staat

Die internationale Finanzmarktkrise zog 2008 die schwerste Wirtschaftskrise seit Ende des zweiten Weltkriegs nach sich. Deutschland stand ebenso wie die europäische und internationale Staatengemeinschaft vor gewaltigen und völlig neuen Herausforderungen. Der Finanzmarkt, vor allem der Bankensektor musste mit kaum vorstellbaren finanziellen Mitteln und Maßnahmen gestützt, einige Banken sogar unmittelbar gerettet werden, um einen noch schlimmeren Flächenbrand zu verhindern.

Der durch die Finanzmarktkrise mit verursachte drastische konjunkturelle Abschwung führte in Deutschland wie in nahezu allen europäischen Staaten vor allem für den Bund zu empfindlichen Steuermindereinnahmen und zu Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt und die Konjunkturstützung. Die Bundesregierung in der großen Koalition beschloss auf Initiative und unter Führung von Finanzminister Peer Steinbrück rasch und konsequent, der Krise nicht noch „entgegenzusparen“ und die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Zugleich legte die Koalition zwei Konjunkturprogramme mit einem Volumen von insgesamt knapp 80 Mrd. Euro auf mit dem Ziel, die Auswirkungen der Krise für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Nach dem Konzept von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz wurden sie um einen „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ergänzt - mit dem Kerninstrument der Kurzarbeit, um das uns heute viele Partnerstaaten beneiden. Die Maßnahmen im Bereich der Kurzarbeit haben erfolgreich den Arbeitsmarkt stabilisiert.

Diese Herausforderungen haben die staatliche Gesamtverschuldung in nahezu allen G20-Staaten, auch in Deutschland, stark erhöht. Zwar wäre jede Alternative auf langfristige Sicht noch erheblich teurer geworden. Das nun erreichte Ausmaß an staatlicher Verschuldung ist aber nicht länger verantwortbar: Sicherung des gegenwärtigen Wohlstands auf Pump und zu Lasten künftiger Generationen ist weder gerecht noch solidarisch – und wirtschaftlich auch nicht klug.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Vor Beginn der Finanzmarktkrise wäre der Bund nach der Finanzplanung von Peer Steinbrück ab 2011 ohne neue Schulden ausgekommen. Zum ersten Mal seit der deutschen Einheit konnte 2007 sogar ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt verkündet werden. Dieses Ziel war richtig und konsequent – und wäre ohne die Krise(n) auch zu erreichen gewesen.

Ende 2009 beliefen sich die Staatsschulden aller Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen auf insgesamt 2.762 Mrd. Euro, das entspricht 73,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wollten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland diese Schulden tilgen, müsste jede und jeder sofort knapp 21.500 Euro an den Staat überweisen. Der Anteil des Bundes beläuft sich – einschließlich Sondervermögen - auf rund 1.050 Mrd. Euro. Dieser Schuldenstand verstößt gegen die europäische Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt von Maastricht. Eine so hohe Staatsverschuldung ist aber auch unsozial und ungerecht: Zinslasten von rund 40 Mrd. Euro Jahr für Jahr entsprechen knapp 13 Prozent des Bundeshaushalts, sie entsprechen in etwa dem Vierfachen des Etats für Bildung und Forschung im Jahr 2010. Diese 40 Mrd. Euro fehlen, um Politik der Zukunft zu gestalten, sie bedeuten eine Finanzierung der Vergangenheit und eine enorme Belastung künftiger Generationen. Diese Zinslast ist zudem eine immense Umverteilung von unten nach oben, denn mit Steuergeldern müssen Zinsen an Großbanken und Investoren bezahlt werden. Daher war es richtig, im Grundgesetz eine effektive Begrenzung der Kreditaufnahme zu verankern. Für die nächsten Jahre bedeutet das eine Verpflichtung zur Reduzierung der Neuverschuldung.

Denn wenn dem Staat ein so gehöriger Teil seiner Handlungsfähigkeit entzogen wird, gefährdet das langfristig auch den Wohlstand aller. Zu unserem Wohlstand gehören ein hohes Maß an Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz, eine gut ausgebaute Infrastruktur, gute Kitas, Kindergärten, hervorragende Schulen und Universitäten, der Schutz des natürlichen Lebensraums und der Umwelt, ein lebendiges Kultur-, Sport- und Vereinsleben und das Vertrauen der Menschen in die sozialen Sicherungssysteme Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosenversicherung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass Staat und Gemeinschaft für sie da sind und ihnen, ganz gleich in welcher Lebenslage, immer wieder auf die eigenen Beine helfen. Dauerhafter Wohlstand ist nur mit einem starken Staat zu haben.

Einen starken Staat gibt es nicht zum Nulltarif. Jede staatliche Ebene braucht zur Erfüllung ihrer Aufgaben angemessene finanzielle Mittel. Denn ein schwacher Staat liegt nur im Interesse derjenigen, die seine Leistungen nicht brauchen, weil sie sie privat einkaufen. Deshalb müssen die Einnahmen des Staates – also der Kommunen, der Länder und des Bundes - gesichert und verbessert werden.

Anfang 2010 kam die dritte Welle der Finanzmarktkrise. Sie kam in Form einer Staatsverschuldungskrise, die zunächst an Griechenland offenbar wurde und zu den dramatischen Rettungsaktionen der Europäischen Union im Mai und Juni diesen Jahres führte. Nur wenige Stunden nach Verabschiedung der Rettungsmaßnahmen für Griechenland im Deutschen Bundestag mussten in Brüssel quasi über Nacht weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurogruppe eingeleitet werden. Die stetig gewachsenen Staatsdefizite wurden zu einer Gefahr für die Stabilität der Eurogruppe.

II. Unsere Grundsätze für nachhaltiges, gerechtes und solidarisches Konsolidieren

Die politische und ökonomische Initiative zur Reduzierung der staatlichen Defizite wurde durch ein Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum alten Art. 115 des Grundgesetzes in 2007 beschleunigt. Die zweite Föderalismuskommission fügte im Mai 2009 eine neue „Verschuldensregel“ ins Grundgesetz ein. Der neu gefasste Art. 115 Abs. 2 GG gibt Bundesregierung und Parlament auf, dass ab 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf. Eine konjunkturelle Komponente kommt dabei noch hinzu, die in konjunkturell schlechteren Zeiten zwar eine höhere Neuverschuldung erlaubt, in konjunkturell besseren und guten Zeiten aber deren stärkere Rückführung durch verschärfte Sparanstrengungen oder Mehreinnahmen verlangt.

Bis 2016 muss in einem konstanten Abbaupfad das strukturelle Defizit entsprechend zurückgeführt werden. In der Konsequenz sind dies also etwa 7 Mrd. Euro pro Jahr, je nach möglichen zusätzlichen Belastungen durch steigende Zinsen. Diese grundgesetzliche Verpflichtung ist eine unverrückbare Linie auf dem Weg zurück zu einer vertretbaren und verantwortbaren Staatsverschuldung. Die Ausgestaltung bleibt aber Sache der politisch Handelnden – dazu bedarf es gerechter und solidarischer Grundsätze und eines klaren Kurses. Die schwarz-gelbe Koalition hat mit dem „Sparpaket“ ihre Vorschläge vorgelegt. Wir werden dem unser eigenes Konzept entgegenstellen, wohl wissend, dass die Rückführung der Verschuldung uns alle vor große Herausforderungen stellen wird.

Unser zweiter Grundsatz ist, dass die Rückführung der Neuverschuldung nur *mit den Menschen* geht und nicht gegen sie. Nur, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahmen ist, kann Konsolidierungspolitik gerecht, dauerhaft erfolgreich und nachhaltig sein. Das gelingt nur, wenn dabei die gesellschaftliche, vor allem die soziale Balance gewahrt wird und die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit und Solidarität maßgeblich sind für jede konkrete Maßnahme. Nur eine gerechte und solidarische Schuldenreduzierung wird zu einer *nachhaltigen Konsolidierung* führen.

Zugleich muss die Schuldenreduzierung aber ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus nachhaltiger Schuldenreduzierung eine **wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik**.

Die Grundsätze einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik werden durch fünf Säulen ausgestaltet. Wir wollen

1. Schulden abbauen und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten,
2. die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sichern und verbessern,
3. durch Investitionen Wachstum, Beschäftigung und Leitmärkte der Zukunft fördern,
4. intelligent und wachstumsorientiert nicht mehr benötigte oder unsinnige Staatsausgaben und Subventionen kürzen und
5. Schwerpunkte für Aufgaben des Staates setzen, die einer nachhaltigen finanziellen Ausstattung bedürfen. Dazu gehören in erster Linie Bildung und Forschung, Familie und Kinder und die öffentliche Infrastruktur. Die Ausgaben müssen dabei den Aufgaben folgen.

Wie notwendig eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik ist, führt die schwarz-gelbe Bundesregierung gerade in für die Schwächeren der Gesellschaft verantwortungsloser Art und Weise vor:

- *Einnahmeverbesserungen* finden nicht im nötigen Maße statt. Zur Verbesserung der Staatseinnahmen finden sich im Entwurf des Bundeshaushaltes 2011 und des Haushaltsbegleitgesetzes von Bundesfinanzminister Schäuble fast nur „Luftbuchungen“, die teilweise noch gar nicht beschlossen sind oder im Hinterzimmer durch Mausecheln mit den großen Energiekonzernen schon wieder eingeschränkt oder trotz der Kabinettsbeschlüsse wieder in Frage gestellt werden. Klar ist aber einmal mehr: Die Spitzenverdiener, die Unternehmen und reiche Erben werden verschont.
- *Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sowie Leitmärkte der Zukunft werden erheblich eingeschränkt*. Es werden genau die Investitionsprogramme des Staates abgesenkt, die große Hebelwirkungen für Investitionen entfalten. Beispiele sind die über hälftige Reduzierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms, die drastische Rückführung des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien und die Kürzung der Mittel für den Ausbau erneuerbarer Energien. Und gerade für die Kommunen in Deutschland, die gut 60 Prozent der Bauinvestitionen stemmen, werden die Städtebauprogramme für die Zukunft gestrichen und nur für 2011 auf niedrigem Niveau symbolisch gehalten. Auch die Beschäftigungsförderung wird empfindlich beschnitten: Bei den Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitsuchende werden 1,3 Mrd. Euro gestrichen, die Bundesagentur für Arbeit soll eine „Effizienzrendite“ von 500 Mio. Euro pro Jahr erbringen und weiß selbst nicht, wie das gelingen soll. Jedenfalls nicht durch die unsinnige Regelung, dass Ermessensleistungen in Pflichtleistungen umgewandelt werden, denn sie machen insgesamt nur ca. 150 Mio. Euro aus.
- Beim *Sparen* missachtet die schwarz-gelbe Koalition die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Solidarität zutiefst: Für die Normalverdiener und Geringverdiener bricht Bundeskanzlerin Merkel sogar das Versprechen, mehr Netto vom Brutto zu lassen – das Gegenteil wird durch steigende Krankenversicherungsbeiträge, den steigenden Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, den Verzicht auf die Reduzierung des Rentenversicherungsbeitrags, weniger Elterngeld und drohende, steigende Beiträge und Gebühren der Kommunen der Fall sein.
- Und auch bei den angeblichen Mehrausgaben für Bildung und Forschung von 12 Milliarden Euro bis 2012 werden Versprechen gebrochen: Es gibt kein Konzept und keine Verabredung mit den Ländern über die Verwendung dieser Mittel. Dort, wo Bildung und Forschung täglich stattfindet, kommt also fast nichts an.

III. Unser Konzept

1. Einnahmen des Staates sichern und verbessern

Ziel unserer Steuer- und Abgabepolitik ist, für eine angemessene, auskömmliche und auch in Krisenzeiten verlässliche Finanzierung aller staatlichen Ebenen zu sorgen. Die Handlungsfähigkeit des Staates kann anders nicht gewährleistet werden. Dabei ist Steuergerechtigkeit

- die oberste Maxime sozialdemokratischer Steuerpolitik. Dazu gehören neben einer dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteuerung der persönlichen Einkommen auch zukunftsfähige Kommunalsteuern sowie eine Unternehmensbesteuerung, welche der Steuerverlagerung und Steuergestaltung wirksam Grenzen setzt. Gleichzeitig hat das Steuer- und Abgabensystem unserem Anspruch zu entsprechen, die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern sowie gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften zu erreichen. Ein faires Steuer- und Abgabensystem verlangt eine im Ergebnis möglichst gleichmäßige Erfassung von Arbeits- und Kapitaleinkommen. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf die tatsächliche Durchsetzung des Steueranspruchs.

Zum *Sichern* gehört zuvorderst, dass alle die Steuern, die sie zahlen müssen, auch tatsächlich entrichten. Abhängig Beschäftigte haben so gut wie keine Chance auf Steuergestaltung: Ihre Steuerschuld wird direkt abgeführt. Wenn aber bei Selbständigen und Unternehmen Steuerprüfungen nur alle Jubeljahre stattfinden und immer noch Möglichkeiten bestehen, Vermögen beiseite zu schaffen, ist das nicht hinnehmbar. Deshalb müssen in einem ersten raschen Schritt die Länder für die notwendige Personalausstattung und für regelmäßige Prüfungen sorgen. Steuerhinterziehung auf Kosten der Gesellschaft muss beendet, die Bekämpfung des kriminellen Steuer- und Umsatzbetruges muss intensiviert werden. Da vor allem eine Bundessteuerverwaltung für einen gerechteren Steuervollzug sorgen und Steuergestaltungslücken im Vollzug schließen kann, streben wir deren Einführung sobald machbar an.

- Unser besonderer Blick gilt der Sicherung der Finanzen von Kommunen. Für die kommunale Ebene, die vor ganz besonderen Herausforderungen steht, wollen wir Steuern im Mindesten so ausgestalten, dass Einnahmen stetiger planbar werden. Dieses muss aus unserer Sicht und aus der der kommunalen Spitzenverbände durch eine Erweiterung und Stabilisierung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer geschehen.

Zur Sicherung gehört auch, das System der ermäßigten Umsatzsteuersätze insgesamt zukunftsgerecht aufzustellen. So gerechtfertigt und notwendig ermäßigte Sätze z.B. auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs sind, so ungerechtfertigt sind Ausnahmen z.B. für Hotelübernachtungen und den Kauf von Rennpferden.

Zur *Verbesserung* gehört, das Steueraufkommen gerechter auszutariieren und auf gerechte und solidarische Weise Einkunftsarten einzubeziehen, die bislang zu wenig oder nichts zum allgemeinen Aufkommen beitragen.

In einem ersten Schritt werden wir die schwarz- gelben Steuerbegünstigungen für Hoteliers und große Unternehmen rückgängig machen.

Wir werden eine Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen einführen, möglichst in ganz Europa. Wir wollen den Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer von 42 Prozent auf 49 Prozent erhöhen, dafür aber erst ab einem deutlich höheren zu versteuernden Einkommen als bisher, konkret ab 100.000 Euro pro Jahr für Alleinstehende und 200.000 Euro pro Jahr für Verheiratete. Wir werden wieder eine gerechte Vermögensbesteuerung einführen. Dazu gehört in einem ausgewogenen Verhältnis die Wiedereinführung einer privaten allgemeinen Vermögenssteuer sowie die Anpassung der Abgeltungssteuer an die erhöhte Einkommensbesteuerung. Nach Vorlage aussagekräftiger Daten werden wir prüfen, ob künftig private Kapitaleinkünfte wieder mit dem allgemeinen Einkommenssteuertarif versteuert werden sollten.

Wir werden ohne eine Verlängerung der Laufzeit die Gewinne der Betreiber von Kernkraftwerken über eine spezielle Brennelementesteuer wesentlich stärker abschöpfen, als die schwarz-gelbe Bundesregierung das plant. Dabei ist darauf zu achten, dass dies nicht auf die Endverbraucher umgewälzt werden kann.

2. Wachstum und Beschäftigung weiter fördern

Wirtschaftliches Wachstum hat eine Schlüsselstellung für viele Bereiche der Gesellschaft: Zur Sicherung von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand, zur Entwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für die Zukunfts- und Exportfähigkeit neuer Technologien und Produktionsverfahren, für die Attraktivität des Standorts Deutschland und vieles mehr. Es spielt auch im Rahmen einer wachstumsorientierten Konsolidierung eine entscheidende Rolle: Nur bei wirtschaftlichem Wachstum fließen die notwendigen Steuereinnahmen und die Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme, zugleich werden die Kosten des Arbeitsmarktes minimiert, wie im Jahr 2008 eindrucksvoll zu beobachten war.

Wirtschaftliches Wachstum kann nur gelingen, wenn verstärkt Investitionsimpulse für einen innovationsbasierten und ökonomisch wie ökologisch nachhaltigen Wachstumspfad gesetzt werden. Nur über die Entwicklung neuer Technologien, Dienstleistungen und Güter, die sich im nationalen wie internationalen Markt behaupten können, werden wir den erreichten Wohlstand ausbauen können. Dazu ist erforderlich, Deutschlands Exportstärke zu erneuern, zugleich aber die Binnennachfrage deutlich zu beleben. Denn nur über die Förderung der Binnennachfrage werden zum einen zu starke Abhängigkeiten von der internationalen Entwicklung des Exportmarkts vermieden, zum anderen aber auch alle gerecht am Wirtschaftswachstum beteiligt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Das durch Exportüberschüsse erwirtschaftete Kapital hat Deutschland zu einem erheblichen Teil verlassen und kam der breiten Mehrheit der Bevölkerung nicht zugute - die Reallöhne sanken sogar.

Wir werden Wachstum und Beschäftigung durch mehr Investitionen fördern: Neben der sofortigen, aber zeitlich begrenzten Abschreibung von Investitionsgütern in gewissen Sektoren und der zeitlich befristeten Einführung von Investitionszulagen werden wir die Investitionsprogramme, die eine hinreichende Hebelwirkung für private Investitionen sowie für Beschäftigung entfalten (z. B. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien), auf hohem Niveau erhalten.

Wir werden stärker dafür sorgen, dass Risikokapital für Unternehmensgründer bereitgestellt wird. Neue Ideen müssen den Durchbruch zum Markt schaffen.

Wir werden nach der Neuorganisation der Jobcenter gemeinsam mit der Bundesagentur für

Arbeit wieder Eingliederungsprogramme in den Arbeitsmarkt und damit Beschäftigung weiter fördern, allem voran durch eine Verstetigung der Mittel für Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitsuchende sowie einem Ausbau der Kurzarbeiter-Regelungen. Dabei werden wir unseren Weg fortsetzen, existierende Projekte und Programme beständig auf ihre Effizienz hin zu überprüfen und die Struktur und Ausgestaltung der Maßnahmen ggfs. entsprechend anzupassen. Auch wir sehen eine zentrale Aufgabe darin, die Vermittlung in Arbeit weiter zu verbessern. In Folge dieser Prozesse werden mehr Menschen in Beschäftigung kommen und dadurch werden auf der Zeitschiene natürlich auch erhebliche öffentliche Mittel einzusparen sein, die dann für andere wichtige Zwecke und Aufgaben zur Verfügung stehen.

Wir werden – wie in unserem „Rettungsschirm für Kommunen“ bereits ausgeführt - die Kommunen entlasten und zugleich ihre Einnahmehasis verbessern, allem voran durch eine Stärkung der Gewerbesteuer, indem wir ihre Bemessungsgrundlage verbreitern und die freien Berufe mit einbeziehen.

- 3. Nachhaltige Konsolidierung auf der Ausgabenseite

Wir werden die Ausgaben des Bundes dort kürzen, wo Einsparpotenziale sozial gerecht und solidarisch realisiert werden können. Das umfasst auch Maßnahmen, die auf einen effizienteren und sparsameren Verwaltungsvollzug hinwirken und damit zwar nicht unmittelbar, wohl aber auf der Zeitschiene zu teils erheblichen Einsparungen führen werden.

Zuvorderst werden wir mittelbare Ausgabekürzungen durch die Einführung eines ge-

- gesetzlichen Mindestlohns erreichen. Über eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon knapp 600.000 vollzeitbeschäftigt, beziehen zusätzlich zu ihrem Lohn oder Gehalt Aufstockungsleistungen aus dem Arbeitslosengeld II. Wir werden mit dieser staatlichen Subventionierung ungerechter Löhne und Gehälter Schluss machen und
- über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nicht nur Ausgabenkürzungen für den Bund erreichen, sondern durch Mehreinnahmen in den Sozialversicherungen auch deren Finanzierungsbasis nachhaltig stärken.

Wir werden die schwarz- gelben Steuerbegünstigungen für Hoteliers und große Unternehmen rückgängig machen und diese und andere unsinnige Klientelgeschenke wieder einsparen.

-

Wir werden bei den Verwaltungsausgaben an sinnvollen und intelligenten Stellen sparen. Dies meint beispielsweise, die an zahlreichen Stellen des Bundeshaushalts vorhandenen Ausgabereste zu streichen, auf eine stärkere Wirtschaftlichkeit bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen des Bundes zu achten und effizienter bei Bauvorhaben der Bundesverwaltung und bei Zuwendungsempfängern vorzugehen. Zudem werden wir auch die disponiblen Ausgaben deutlich senken.

- Wir werden Subventionen abbauen, wo sie nicht länger angebracht sind oder das ursprünglich mit der Begünstigung verfolgte Ziel verfehlen. Der Präsident des Bundesrechnungshofes hat in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung dazu zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Wir wollen vor allem ökologisch schädliche Subventionen in den kommenden Jahren deutlich abbauen.

Wir werden die geplante öffentliche Finanzierung der Sanierung der maroden Atommüllendlager Asse II und Morsleben einsparen und diese Kosten der Atomindustrie auferlegen.

Wir werden den Verteidigungshaushalt nachhaltig modernisieren. Im Zentrum der Verteidigungsausgaben des Bundes müssen die Soldatinnen und Soldaten, deren Ausrüstung und Unterbringung und deren Vorbereitung für internationale Einsätze stehen. Unsinnige oder veraltete Rüstungsausgaben oder Beschaffungen müssen gestrichen werden.

Bis zur Bereinigungssitzung des Bundeshaushalts 2011 am 11. November 2010 werden wir darüber hinaus kontinuierlich überprüfen, ob die Koalition die Konsolidierungserfordernisse des Grundgesetzes überhaupt richtig umgesetzt hat. Dazu - und auch zur weiteren Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes der Bundesregierung - werden wir uns im Oktober und November in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen Arbeitsgruppen der Fraktion beraten und abstimmen.